

Für den Umgang
mit den Ereignissen in
Rostock-Lichtenhagen 1992
wünsche ich mir ...

Respekt

Für den Umgang
mit den Ereignissen in
Rostock-Lichtenhagen 1992

30 Jahre Lichtenhagen

*Erinnern und Gedenken in der StadtHalle
Rostock am 25. August 2022*



Hanse- und Universitätsstadt
ROSTOCK



Ausstellungen und Veranstaltungen

GEDENKEN – AUFKLÄREN – GESTALTEN.....	4
Rostock-Lichtenhagen im August 1992 – Fotografien von Martin Langer	4
BROTHERLAND.....	5
Grenzerfahrungen – Wie die EU gegen Schutzsuchende aufrüstet.....	6
Vietnamesische Rostocker*innen	7
Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock Lichtenhagen – Mitten unter uns.....	8
Lichtenhagen im Gedächtnis.....	10
Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen	11
Rechtsextremismus bekämpfen, Demokratie stärken.....	13
Filmvorführung und Diskussion „Wir sind jung. Wir sind stark.“	14
Kommunale Erinnerung – Kommunale Verantwortung.....	16

Die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 gingen in die Geschichte der Stadt ein. 30 Jahre ist es her, dass vom 22. bis 26. August die Zentrale Aufnahme- stelle für Asylbewerber (ZAst) und ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter*innen im sogenannten Sonnenblumenhaus mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen wurden. Währenddessen applaudierten tausende Schaulustige den Gewaltausschreitungen und behinderten die Arbeit von Polizei und Feuerwehr.

Vielfältige, anschauliche und informationsreiche Ausstellungen und

Veranstaltungen im Rahmen von „GEDENKEN – AUFKLÄREN – GESTALTEN“ und das wissenschaftliche Kolloquium „Kommunale Erinnerung – Kommunale Verantwortung“ erinnerten am 25. August 2022 in der StadtHalle Rostock an das Pogrom von Lichtenhagen und ordneten es in den Kontext der rechtsextremistischen Gewalt nach dem Jahr 1989 ein. Die Ausstellungen und Veranstaltungen wurden am Vormittag im Rahmen der Bildungsangebote zu „GEDENKEN – AUFKLÄREN – GESTALTEN“ von mehreren Schulklassen besucht und waren nachmittags für weitere Besucher*innen zugänglich.

GEDENKEN – AUFLÄREN – GESTALTEN

Rostock-Lichtenhagen im August 1992

Fotografien von Martin Langer



Martin Langer dokumentierte im Auftrag des SPIEGEL Magazin die Ausschreitungen von Lichtenhagen im August 1992. Seine Aufnahmen hielten vielfältige Geschehnisse fest und gingen teilweise um die Welt. Die 24 Schwarzweiß-Fotos zeigen nicht nur Täter*innen, Schaulustige und den brennenden Aufgang des Sonnenblumenhauses, sondern auch Polizei, Feuerwehr, die Betroffenen und verschiedene Demonstrationen gegen die Gewaltausschreitungen.

Kontakt:

Martin Langer

E-Mail: kontakt@langerphoto.de

Telefon: 0177-2085-095

Website: <https://langerphoto.de/>

BROTHERLAND



Die Ausstellung „BROTHERLAND“ ist ein Projekt von Martina Zaninelli und Thomas Jacobs. Es erzählt auf Englisch und Deutsch die Geschichten von ehemaligen Vertragsarbeiter*innen, welche in den 1960er Jahren aus sogenannten Brüderländern wie Polen, Ungarn, Algerien, Angola, Kuba, Mosambik und Vietnam kamen, um den Mangel an Arbeitskräften in der DDR auszugleichen. Die in verschiedenen Bundesländern interviewten Zeit-

zeugen und Betroffenen von rassistischen Gewaltausschreitungen betonten, dass Fremdenfeindlichkeit, Hass und die Angst vor Migrant*innen mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zusammenhängt. Eine interviewte Person bezeichnete die Vertragsarbeiter*innen als moderne Sklaven. Eine andere Person betonte, dass es während der Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 keine erkennbare Grenze zwischen Attentäter*innen und Zuschauer*innen gab.



Kontakt:

Martina Zaninelli · E-Mail: martina.zaninelli@gmail.com

Website: <https://martinazaninelli.com/>

Grenzerfahrungen

Wie die EU gegen Schutzsuchende aufrüstet



PRO ASYL, pax christi und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) erzählten mit der Ausstellung „Grenzerfahrungen – Wie die EU gegen Schutzsuchende aufrüstet“ über die Abschottung und Aufrüstung an den EU-Außengrenzen seit dem Jahr 1989. Vormittags konnten Schüler*innen sich damit beschäftigen, was dies für Schutzsuchende bedeutet, wer die Profiteure sind und wie groß die Hürden für Schutzsuchende an den Land- und Seegrenzen und sogar

an den virtuellen Grenzen der EU sind. Aufrüstung und Abschottung führen dazu, dass Schutzsuchende, die aus vielfältigen Gründen ihre Heimatländer verlassen haben, gefährlichere Fluchtwege nutzen. Die EU-Grenzagentur Frontex sei nachweisbar an illegalen Push-Back-Operationen beteiligt und die EU versucht, den Zugang zum Recht auf Asyl an ihren Grenzen abzuschaffen. Die Ausstellung stellt die Frage, ob die EU eine Gesellschaft der Abschottung oder der Offenheit sein möchte.



Kontakt:

E-Mail: info@grenz-erfahrungen.de.

Website: <https://www.grenz-erfahrungen.de/>

Vietnamesische Rostocker*innen



Die bilderreiche Ausstellung „Vietnamesische Rostocker*innen“ von dem Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach erzählte auf Deutsch und Vietnamesisch die Geschichten von vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen in Rostock, die vor 30 Jahren herkamen, ihrer Lebenssituation nach der Wende und wie sie aktuell leben. Die Ausstellung zeigte menschennah, mit welchen Wünschen und Hoffnungen vietnamesische Zeitzeugen nach Deutschland gekommen sind und wie ihr Leben als Migrant*innen in einem fremden Land verlaufen ist.



Kontakt:

Dr. Vu Thanh Van

E-Mail: bildung@dienhong.de

Telefon: 0381 / 769 83 05

Website: www.dienhong.de

Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen – Mitten unter uns



Die Ausstellung „Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen – Mitten unter uns“ von der Bürgerinitiative Bunt statt braun e. V. Rostock erzählte über

die rassistischen Gewaltausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 aus verschiedenen Blickwinkeln. Das Leben und die Erfahrungen der vietnamesischen Vertragsarbeiter*innen in Rostock steht für die Bürgerinitiative an erster Stelle. Die Ausstellung ordnete die Geschehnisse von 1992 in den Kontext der Transformation Mecklenburg-Vorpommers nach der Wende und in den Zusammenhang zwischen konservativer Asylpolitik ein. Mit einer Chronologie der Ereignisse und der Darstellung der Polizei, Presse, Politik, Gesellschaft, Betroffenen und Demonstrant*innen als Akteure wurden die Gewaltausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen, was zu ihnen geführt hat und welche Folgen aus ihnen entstanden sind, detailliert erläutert.

Die Bürgerinitiative Bunt statt braun e. V. forderte, dass die Angriffe in Rostock-Lichtenhagen als Pogrom bezeichnet werden, dass die Perspektiven der Betroffenen an erster Stelle stehen müssen, dass Lichtenhagen nicht als Einzelfall betrachtet werden darf, dass es Verstärkung und Nachhaltigkeit statt Symbolpolitik geben sollte und dass Zusammenarbeit auf Augenhöhe stattfinden muss.



Vormittags durften Schüler*innen sich mit den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen beschäftigen, indem sie sich Filmmaterial darüber anschauten und ihre Meinung dazu äußern durften. In vielen von ihnen wurden Wut, Angst und Entsetzen ausgelöst. Einige waren schockiert, dass die Polizei und die Politik unfähig waren, den Ausschreitungen effektiv entgegen zu wirken. Andere, welche in Lichtenhagen leben, fanden es krass, dass die Ausschreitungen in ihrem Wohnort geschehen sind. Manche Schüler*innen fanden sich damit ab, was passiert ist. Einige waren entsetzt, dass Jugendliche die Ausschreitungen mehr oder weniger aus Langeweile begonnen haben.

Kontakt:

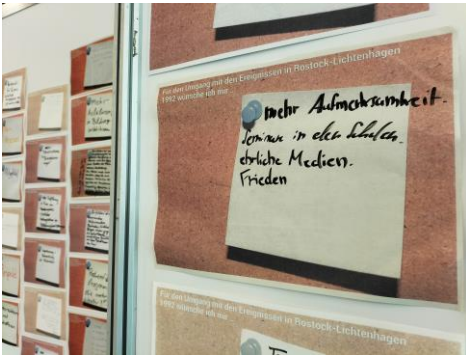
E-Mail: post@buntstattbraun.de · Telefon: 0381 2523561

Website: <http://www.buntstattbraun.de/>

Lichtenhagen im Gedächtnis



An den von Lichtenhagen im Gedächtnis bereitgestellten Pinnwänden hatten Besucher*innen die Möglichkeit, ihre Wünsche für den Umgang mit den Ereignissen von Lichtenhagen im Jahr 1992 zu äußern. Viele Stimmen forderten mehr Aufarbeitung, dass das Thema rassistische Gewalt in den Schulunterricht mitaufgenommen wird, dass es mehr Präventionsmaßnahmen gibt, dass die Politik, die Verwaltung und die Polizei Verantwortung zeigen und dass die Betroffenen sichtbar gemacht werden.



Kontakt:

E-Mail: lichtenhagenarchiv@soziale-bildung.org

Telefon: +49 381 8739 6719 · Website: <https://lichtenhagen-1992.de/>

Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen



Die bilder- und informationsreiche Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ wurde von Birgit Mair im Auftrag des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V. erstellt. Die 27 Plakate erzählten über die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds in den Jahren 1999 bis

2011 und deren gesellschaftliche Aufarbeitung. Schüler*innen hatten die Möglichkeit, sich mit dem Themenkomplex zu beschäftigen. Detailliert und menschennah erzählte die Ausstellung über das Leben der Mordopfer und ihrer Angehörigen, über die Bombenanschläge in Nürnberg und Köln und über die Überlebenden der Banküberfälle

des NSU. Der gesellschaftliche Umgang mit den Verbrechen und die Perspektive der Angehörigen der Ermordeten lagen ebenfalls im Fokus. Die Ausstellung beleuchtete das Netzwerk des NSU, die Gründe, warum es lange nicht aufgedeckt wurde und betonte, dass das Auf-fliegen des Netzwerks nicht das Ende rechter Gewalttaten ist.



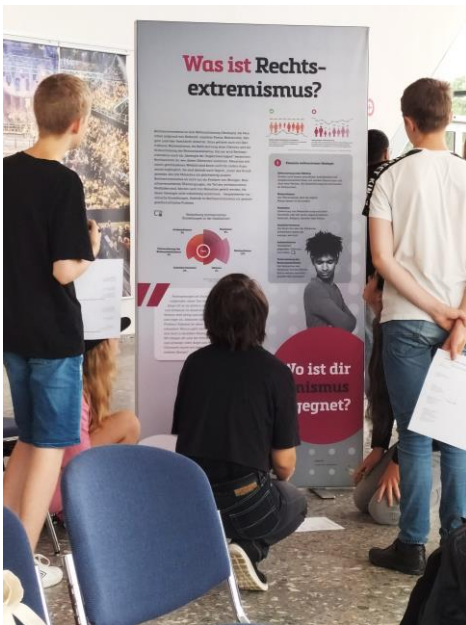
Kontakt:

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung
(ISFBB) e.V. · E-Mail: info@isfbb.de · Telefon: 0911 / 54 055 934
Birgit Mair · E-Mail: birgitmair@t-online.de
Website: <https://www.opfer-des-nsu.de>

Rechtsextremismus bekämpfen, Demokratie stärken



Die Ausstellung „Rechtsextremismus bekämpfen, Demokratie stärken“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung MV gab Schüler*innen die Möglichkeit, sich mit der Bedeutung von Demokratie und den Gefahren, die vom Rechtsextremismus ausgehen, zu beschäftigen. Die Ausstellung erläuterte demokratische Prinzipien als Garant für Freiheit und Menschenwürde und erklärte, dass eine funktionierende Demokratie ein pluralistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis und Gewaltenteilung benötigt. Weiterhin wurden die Elemente rechtsextremistischer Ideologie, ihre Verbreitung in der Gesellschaft und ihre Rolle in der Jugend thematisiert.



Kontakt:

Simon Schüler-Klößner

E-Mail: simon.schueler@fes.de

Website: <https://www.fes.de/landesbuero-hessen/rechtsextremismus>

Filmvorführung und Diskussion „Wir sind jung. Wir sind stark.“



Schüler*innen hatten am Vormittag die Möglichkeit, sich den im Jahr 2015 erschienenen Film „Wir sind jung. Wir sind stark.“ anzusehen und anschließend mit dem Filmregisseur und Drehbuchautor Burhan Qurbani und dem Zeitzeugen Dr. Wolfgang Richter zum Film und zu den Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 zu diskutieren. Der zwei

Stunden lange Film basiert auf Recherchen zu den Gewaltausschreitungen und zu der Asylpolitik nach der Wende und auf Interviews mit Jugendlichen in den 1990er Jahren. Er stellt eine Gruppe gelangweilter Jugendlicher, zu welcher ein Rechtsradikaler gehört, vietnamesische Arbeiter*innen und Bewohner*innen des Sonnenblumenhau-

ses dar, zeigt, welche Verantwortung Politik, Polizei und die Medien trugen und wie das Pogrom am Abend des 24. Augusts entstanden und verlaufen ist.

Zahlreiche Fragen wurden gestellt und Anmerkungen geäußert. Auf die Frage, warum der Film zu Anfang in Schwarz-Weiß war und zum Beginn des Pogroms in Farbe wechselte, antwortete Qurbani, dass das Schwarz-Weiß die Vorgeschichte und die ferne Vergangenheit darstellt, während die Farbe die Geschehnisse ins Jetzt holt und relevanter werden lässt. Auf die Frage, warum die Rolle der Presse und Gegenproteste im Film nicht dargestellt wurden, antwortete Qurbani, dass der Film nur das Wichtigste auf den Punkt bringen konnte. Eine Rostockerin merkte an, dass die Jugendlichen im Film etwas verteuelt dargestellt werden. Qurbani erklärte die Bedeutung des Kindes, das am Ende des Films einen Stein in Richtung Kamera wirft, damit, dass die Geschichte der rassistischen Gewalt in Deutschland nicht mit Lichtenhagen 1992 aufhörte. Deswegen bemüht Dr. Wolfgang

Richter sich in Mecklenburg-Vorpommern darum, dass rassistisch motivierte Gewaltausschreitungen sich nicht wiederholen. Er betonte, dass Schüler*innen die Botschaft mitnehmen sollten, keinen Parolen hinterher zu laufen.

Ein Schüler sagte, dass der Film und das Thema der Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 in seiner Schule ein bisschen vorbereitet wurden. „Wir sind jung. Wir sind stark.“ soll unter anderem die Jugendlichen der 1990er Jahre darstellen. Der befragte Schüler hingegen konnte sich weder mit den Tätern, noch mit anderen im Film dargestellten Jugendlichen identifizieren. Er würde den Film an jemanden weiterempfehlen, weil dieser totgeschwiegene, aber sehr wichtige Ereignisse thematisiert.

Kommunale Erinnerung – Kommunale Verantwortung



Die Universität Rostock, die Landeszentrale für politische Bildung MV und die Heinrich-Böll-Stiftung MV veranstalteten das wissenschaftliche Kolloquium „Kommunale Erinnerung – Kommunale Verantwortung“. Es thematisierte die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und Solingen während der 1990er Jahre und wie die

jeweiligen Städte sich erinnerungspolitisch mit den Pogromen auseinandersetzten.

PD Dr. Franka Maubach (Wuppertal) betonte, dass die Unterschiede zwischen einzelnen Ausschreitungen, zwischen unterschiedlichen Gewaltformen, Tatmotiven und Opfergruppen nicht verloren gehen dürfen und das vor allem das Leid

der Opfer nicht vergessen werden darf. Rassistische Gewalt sollte im Kontext der Stadtgeschichte aufgearbeitet werden.

Prof. Dr. Oliver Plessow (Rostock) beschrieb die Formen des Gedenkens an rassistische Ausschreitungen. Gedenkveranstaltungen an Jahrestagen sorgen dafür, dass Vergangenheit und Gegenwart verbunden werden. Denkmäler halten zwar die Ereignisse öffentlich fest, jedoch sind sie nicht besonders einflussreich, da sie wenig beachtet werden. Die Umbenennung von Straßen nach den Namen der Opfer rechter Gewalt, welche möglichst in diesen Straßen gelebt haben oder dort angegriffen wurden, sind eine effektivere Gedenkform. Prof. Dr. Oliver Plessow (Rostock) legte dar, dass die Betroffenen von rassistischer Gewalt die Möglichkeiten brauchen, sich artikulieren und organisieren zu können.

Dr. K. Erik Franzen (München) erzählte über das Pogrom in Hoyerswerda im Jahr 1991 und wie die Stadt damit umgegangen ist. Bis zu dem Jahr 2014 wurde sich dagegen

gewehrt, die Ereignisse im September 1991 als Pogrom zu bezeichnen. Erst ab dem Jahr 2021 gelangte die Perspektive der Opfer in den Fokus.

Dr. Richard Rohmoser (Mannheim) erzählte anhand der Ausschreitungen in Mannheim-Schönau 1992 wie aus einem unwahren Gerücht und Angst vor Migrant*innen Gewalt gegen Asylbewerber*innen wurde.

Prof. Dr. Gudrun Heinrich (Rostock) erzählte über das Gedenken und Erinnern in Rostock von den Jahren 1992 bis 2022. Die Geschehnisse im August 1992 wurden zunächst verdrängt. In den Jahren von 2002 bis 2012 begann die Stadt, sich mit der Tat auseinanderzusetzen. Bis zum Jahr 2017 hat es gedauert, dass begonnen wurde, die Frage der Verantwortung zu klären. Erst von dem Jahr 2017 bis 2022 wurde der Fokus des Gedenkens und Erinnerns auf die Betroffenen rechter Gewalt in Rostock gelegt.



Prof. Dr. Kemal Bozay (Düsseldorf und Köln) erzählte über das Gedenken des Mordanschlags in Solingen 1993, zu welchen er einen persönlichen Bezug hat. Er erklärte, dass die sozioökonomische Angst in der Gesellschaft vor Benachteiligung durch Migrant*innen mit der „moralischen Panik“ in der konservativen Politik zusammenhing, da letztere Narrative, wie „Das Boot ist voll“ nutzte. Das Denkmal in Solingen, das an die Mordanschläge erinnert, wurde nicht von der Stadt, sondern von der Gesellschaft geschaffen.

In der Diskussion mit dem Publikum wurde die Frage, wie wir im Gedenken und Erinnern nach vorne schauen können, damit beantwortet, dass Migration und Rassismus

in die Bildung aufgenommen werden müssen und dass die Verwohenheit der Ausschreitungen rechter Gewalt thematisiert werden muss. Ein ehemaliger Polizeibeamter und Zeitzeuge der Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 sagte, dass die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden müssen und dass jegliche Gewalt Konsequenzen haben muss. In dem wissenschaftlichen Kolloquium „Kommunale Erinnerung – Kommunale Verantwortung“ wurde ebenfalls folgendes Problem thematisiert. Diejenigen, welche Gedenkveranstaltungen wie die in der Stadthalle am 25. August 2022 besuchten, sind bereits überzeugt und würden keine Gewaltausschreitungen gegen Migrant*innen unterstützen. Diejenigen, welche rechtsextreme Ideologie besitzen und präventiv überzeugt werden müssten, damit rassistische Gewalt sich nicht wiederholt, halten sich höchstwahrscheinlich von Gedenkveranstaltungen fern.

Weitere Informationen und Kontakt

Stephanie Nelles

Integrationsbeauftragte Büro für Integration

Tel. 0381 381 1257

E-Mail: stephanie.nelles@rostock.de

Thomas Werner

Bereichsleiter Kulturförderung

Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Tel. 0381 381 2931

E-Mail: thomas.werner@rostock.de

Wir danken:

Soziale Bildung e. V. · Bunt statt braun e. V. · Lichtspieltheater Wundervoll · Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e. V. · Heinrich Böll Stiftung Mecklenburg-Vorpommern · Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern · Historisches Institut der Universität Rostock/Professur für Didaktik der Geschichte · Arbeitsstelle politische Bildung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock · Friedrich-Ebert-Stiftung · Zentrum Kirchlicher Dienste (Evangelisch-Lutherischer Kirchenkreis Mecklenburg)

Impressum

Herausgeberin: Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Presse- und Informationsstelle

Redaktion, Fotos, Gesamtherstellung: Svea Lezius

(10/22)